

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dittmar Lemke (CDU) vom 15.10.10

und Antwort des Senats

Betr.: Verwaltungskosten senken durch Optimierung der IT-Struktur

Die Haushalte des Bundes und der Länder stehen vor besonderen finanzpolitischen Herausforderungen. Die norddeutschen Länder Hamburg und Schleswig-Holstein sind in Deutschland Vorreiter der Länderkooperation, unter anderem auch im Bereich der Einführung von IT-Strukturen. Hier bestehen noch große Einsparpotenziale durch Konsolidierung.

Ich frage deshalb den Senat:

Die Erreichung großer Betriebsgrößen ist beim Betrieb einer IT-Infrastruktur ein Kernelement der Kostensenkung, weil die fallzahlunabhängigen Grundkosten sehr hoch sind. Daher ist Aufgabenkonzentration in der Wirtschaft eine erprobte Strategie. Die öffentliche Verwaltung hat diese Tendenz in den letzten Jahren zunehmend aufgegriffen. Die hamburgische Verwaltung ist auf diesem Gebiet in Deutschland führend. Die Projekte ESARI und die norddeutsche Zusammenarbeit im Bereich der Steuer sind zwei Beispiele für diese Strategie. Unter den besonderen rechtlichen Bedingungen der öffentlichen Verwaltung sind diese Strategien umsetzbar, weil zunächst Schleswig-Holstein und Hamburg die Anstalt des öffentlichen Rechts Dataport gegründet haben, um so den notwendigen rechtlichen Rahmen und eine ausreichend große Organisation für wirtschaftliche Effekte zu schaffen. Zwischenzeitlich sind auch Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen der Anstalt beigetreten.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen wie folgt:

1. *Mit dem Projekt ESARI ist die einheitliche Betreuung aller Büroarbeitsplätze durch einen externen Dienstleister eingeführt worden.*
 - a) *Wie hoch sind die jährlichen wirtschaftlichen Effekte aufgrund der Durchführung des Projektes ESARI für den Hamburger Haushalt? Welche positiven Auswirkungen gibt es darüber hinaus, zum Beispiel besseren Bürgerservice?*

Wirtschaftliche Effekte durch die Umsetzung des Projektes ESARI betragen im Zeitraum 2005 – 2008 aufwachsend für die Jahre

- 2005 1,5 Millionen Euro,
- 2006 1,85 Millionen Euro,
- 2007 3,8 Millionen Euro,
- 2008 3,8 Millionen Euro.

Die Beträge sind jeweils mit den in den Haushaltsjahren 2005/2006 und 2007/2008 veranschlagten pauschalen Minderausgaben verrechnet worden.

Darüber hinaus gibt es positive Auswirkungen, wie zum Beispiel

- Qualitätssteigerungen im Endbenutzersupport, das heißt verlässliche Erreichbarkeit einer Endbenutzerunterstützung von 6.30 Uhr bis 18.00 (freitags bis 17.00) Uhr,
- Produktivitätssteigerungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Verringerung der Ausfallzeiten,
- Professionalisierung des IT-Betriebs durch Aufgabenkonzentration beim IT-Dienstleister,
- Software-Harmonisierung durch Reduktion der Softwareprodukte und Versionen von über 7.000 auf circa 2.500,
- Verbesserung der Wartbarkeit von geschäftskritischen Applikationen.

Im Übrigen siehe Vorbemerkung.

- b) *In welchem Zeitraum wurde die Betreuung der Büroarbeitsplätze durch einen ausgelagerten Dienstleister eingeführt? Wann wurde das Projekt abgeschlossen?*

Die zentrale Betreuung der Büroarbeitsplätze durch Dataport wurde im Rahmen des Projekts ESARI in der Zeit vom 1. April 2003 bis zum Ende 2007 eingeführt.

- c) *Wie bewertet der Senat das Projekt ESARI?*

Siehe Antwort zu 1. a).

- d) *Wie hoch wäre das zusätzliche Einsparpotenzial, wenn eine länderübergreifende Kooperation bei der Betreuung der Büroarbeitsplätze durch einen gemeinsamen externen Dienstleister realisiert würde?*

Eine exakte Schätzung ist ohne eine spezifische Untersuchung nicht möglich. Im Übrigen beantwortet der Senat hypothetische Fragen grundsätzlich nicht.

2. *Mit dem Projekt KONSENS wurde eine gemeinsame Steuer-IT-Struktur länderübergreifend in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern eingeführt.*

- a) *Ist die Einführung von KONSENS abgeschlossen?*
b) *Wann wurde das Projekt vollständig eingeführt?*

Nein. Bei KONSENS (Koordinierte neue Software-Entwicklung für die Steuerverwaltung) handelt es sich um ein Gemeinschaftsvorhaben von Bund und Ländern zur Vereinheitlichung der Automationsunterstützung der Steuerverwaltungen. Rechtsgrundlage ist ein gemeinsames Verwaltungsabkommen.

Neben der Vereinheitlichung, Modernisierung und Pflege vorhandener Verfahren obliegt diesem Verbund auch die laufende technische Umsetzung gesetzgeberischer Aktivitäten, mithin eine Daueraufgabe.

- c) *Wie hoch ist die jährliche Einsparung in Hamburg aufgrund der Kooperation bei der Steuer-IT-Struktur?*

Die Nutzung des im Vierländerbetrieb betriebenen Data Center Steuer (DCS) in Rostock hat im Jahre 2008 zu einer Einsparung von circa 1 Million Euro für Hamburg geführt. Eine seriöse Bezifferung eines Einspareffektes ab 2009 ist nicht möglich, da aufgrund von Leistungssteigerungen und zusätzlichen Leistungen im DCS die Vergleichbarkeit zu den früheren Strukturen fehlt. Mit dem Beitritt Niedersachsens ab 2012 wird sich der Kostenanteil Hamburgs weiter verringern.

- d) *Sieht der Senat weiteres Einsparpotenzial durch derartige Kooperationen?*

Weitere Kooperationen sind auf den Feldern möglich, in denen weitgehend gleiche Rechtsgrundlagen Basis der Verwaltungsarbeit sind. Dies ist insbesondere dort gegeben, wo die Länder Bundesrecht umsetzen. Der Senat hat im Rahmen seiner Be-

schlüsse zur Haushaltskonsolidierung festgelegt, dass im kommenden Jahr gemeinsam mit Schleswig-Holstein die geeigneten Rechtsfelder systematisch überprüft werden sollen.

Zurzeit beschaffen Schleswig-Holstein und Hamburg gemeinsam ein neues Personalverfahren, das anschließend gemeinsam betrieben werden wird. Diese Kooperation folgt dem Schema der Zusammenarbeit im Steuerbereich.